

Hamburger Echo.

Das Hamburger Echo erscheint täglich, außer Montags. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich im Voraus exkl. Bringegeb. M. 3,60. Nr. des Postkatalogs 2505
Bei Anzeigen wird die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum mit 25 $\frac{1}{2}$ berechnet. — Anzeigen-Aannahme in der Expedition, sowie bei allen Inseraten-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße 44. — Verantwortlicher Redakteur: Otto Stolten in Hamburg.

Von der Weltbühne.

Der Gesekentwurf über die Altersversorgung ist, wie die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ erfährt, im Reichsamt des Innern bereits geprüft und festgestellt worden, so daß, in so fern nicht noch wesentliche Änderungen des Entwurfs seitens der übrigen Reichsinstanzen gefordert würden, derselbe binnen etwa 14 Tagen dem Bundesrathe zur Berathung und Beschlußfassung werde zugehen können.

Berlin, 18. Januar. In der Kommission des Reichstages für die Wehrvorlage erklärte der Kriegsminister, vorläufig würden die einmaligen Ausgaben für Bekleidung, Gewehre und Munition etwa 230 Mark pro Mann betragen.

Die Zahl der Assistenten der Fabrik-Inspektoren soll in Preußen erhöht werden, sodann wird der Erlaß von Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten in den Spiegelbeleganstalten vorbereitet. Außerdem wird an einer Novelle zum Krankenkassengesetz gearbeitet, welche vielleicht noch in dieser Session dem Reichstage zugehen dürfte.

Die „Nat.-Lib. Korresp.“ schreibt: „In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten bildet natürlich die neue **Sozialistenvorlage** den Gegenstand eifriger Erörterung. Voraussetzlich wird der Gesekentwurf in der nächsten Woche zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Selbstverständlich kann von einer Berathung oder Stellungnahme der Fraktionen augenblicklich noch nicht die Rede sein. Im Allgemeinen überwiegt aber die Ansicht, daß für die neuen Verschärfungen keine Mehrheit im Reichstage zu erlangen sein werde.“

Die edlen Ritter sperren sich also vorläufig noch.

Der gestern von uns flirzte Artikel des „Hamb. Korrespondenten“ über die Verschärfung des **Sozialistengesetzes** wird von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ vollinhaltlich und ohne jede Bemerkung abgedruckt.

Ausweisung von Geheimpolizisten aus einer öffentlichen Versammlung. In der Versammlung der Wagenbauer Berlins bemerkte am Dienstag Abend der Vorsitzende Schüller außer den zwei überwachenden Polizeibeamten noch zwei ihm persönlich bekannte Geheimpolizisten unter den Zuhörern. Auf die an den Polizeikommisarius gerichtete Aufforderung, die Entfernung der beiden Geheimpolizisten zu veranlassen, erklärte sich Letzterer hierzu außer Stande, indem ihn diese Sache nichts angehe. Er müsse es vielmehr dem Vorsitzenden überlassen, die Angelegenheit in irgend einer Weise zu ordnen, da ihm für die Dauer der Versammlung das Hausrecht zustehe. Von diesem Gebrauch machend, forderte nunmehr der Vorsitzende die beiden geheimen Polizisten auf, sofort den Versammlungssaal zu verlassen. Unter dem Jubel der Anwesenden verließen denn auch die beiden geheimen Polizeibeamten, der Ausweisungsordre Folge gebend, die Versammlung.

Hausdurchsuchungen. Am Sonnabend fand beim Landtagsabgeordneten Stolle in Geseu eine Hausdurchsuchung statt. Ein Eisenbrecher aus Dresden, Namens Hentschel, Rosenstraße 32 wohnhaft gewesen, der sich angeblich auf der Wanderschaft befindet, hatte Stolle benutzert, daß er verbotene Schriften im Bette verborgen halte. Stolle machte nicht einmal von seiner Immunität als Landtagsabgeordneter Gebrauch, sondern ließ sich durchsuchen, wobei natürlich die Durchsuchung resultatlos blieb.

Eine andere Hausdurchsuchung fand am Sonntag in Berlin in der Dennewitzstraße 26 bei den Herren Schw. und H. statt, die bei einer Frau K. ihre Wohnung haben. Beschlagnahme wurden von den drei Kriminalbeamten Programme, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Briefe und Sammelbons (195 Stück à 10 $\frac{1}{2}$) für die Familien Ausgewiesener und Inhaftirter; darunter befanden sich Briefe von Kräder, Bloß, ein Exemplar „Der Rothe Teufel“ u. Die Geheimpolizisten legitimierten sich nicht durch einen schriftlichen Ausweis ihrer vorgelegten Behörde oder der Staatsanwaltschaft, sondern wiesen nur „auf die von ihnen geführten Blechmarken hin. Die Hausdurchsuchung bei den Herren Schw. und H. wurde auch auf die Wohnräume der Frau K. ausgedehnt; man durchstöberte Zimmer, Küche, Keller und Boden bis in die intimsten Winkel. Die Hausdurchsuchung fand, dem Ernste der Sache entsprechend, am Sonntag während der Kirchzeit statt.

Auf Anfordern des Amtsgerichts in Dessau fand am Dienstag, wie das „Berl. Volksbl.“ berichtet, in der Maison de santé in Schöneberg ein Lokaltermin behufs **Feststellung des Gesundheitszustandes des Reichstagsabgeordneten Pafencler** statt. Die Staatsanwaltschaft in Dessau hatte das Entmündigungsverfahren beantragt. Soviel das „Berl. Volksbl.“ er-

fahren hat, geht das sachverständige Gutachten der Aerzte dahin, daß dem Erkrankten für jetzt und die nächste Zeit die Fähigkeit, seine Handlungen beurtheilen zu können, abzuspreehen ist. Auf dem in Dessau zum Zweck der Entmündigung anzuberaumenden Termin wird ohne Zweifel dem Antrage der Staatsanwaltschaft stattgegeben werden. Mit dem Eintritt der Entmündigung erlischt das Abgeordnetenmandat.

Posener Sozialistenprozeß. Der zwölfte und dreizehnte Verhandlungstag wurden größtentheils durch die Verlesung verbotener Druckschriften ausgefüllt, welche unter Anschluß der Öffentlichkeit vorgenommen wurde. Die Öffentlichkeit wurde nur ab und zu behufs Ergänzung des Zeugenverhörs auf kurze Zeit wieder hergestellt. Am Montag erklärte der Kriminalschutzmann Naporra, indem er dem Herrn Vorsitzenden ein Kuvert nebst einer Einlage überreichte, daß er inzwischen von Berlin das Konzept eines Berichtes erhalten habe, den er seiner Zeit über die in der Weberstraße erfolgte Versammlungs-Auflösung erstattet habe. Gestützt auf diesen Bericht, könne er heute mit aller Entschiedenheit sagen, daß er an dem erwähnten Abend weder bei Aktionskiewicz gewesen sei, noch die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen gethan habe. Herr Rechtsanwalt Dr. Flatau tritt, dem Zeugen die Frage vorzulegen, wie denn überhaupt seine Berichte zu Stande gekommen seien, da es auffallend erscheinen müsse, daß Zeuge von einem Konzepte spreche, in welchem noch dazu, wie der Herr Vorsitzende festgestellt habe, Streichungen enthalten wären. Naporra erklärt, daß er sich des Nachts beim Nachhausekommen Notizen gemacht habe, auf Grund deren er am nächsten folgenden Tage das Konzept eines Berichtes auszuarbeiten pflegte. Dieses Konzept habe er alsdann dem Kriminal-Kommisarius Herrn Schöne übergeben, welcher die ihm unerheblich scheinenden Stellen gestrichen und auch sonst noch redaktionelle Aenderungen in Bezug auf den Sachbau u. s. w. vorgenommen habe. Nach den also korrigirten Konzepten habe er alsdann den eigentlichen Bericht verfaßt. Der Kriminal-Kommisarius Schöne bekräftigt die Richtigkeit der Angaben des Naporra. Herr Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski bittet hierauf, den Zeugen Schöne zu befragen, ob ihm bekannt sei, daß Naporra bei seinen Zusammenkünften mit den gegenwärtigen Angeklagten häufig Getränke zum Bekken gegeben und auch selbst viel getrunken habe, so daß die Möglichkeit bestehe, er sei beim Niederschreiben seiner Notizen, welches des Nachts erfolgte, nicht immer ganz nüchtern gewesen. Der Zeuge Schöne stellt dem Naporra das Zeugniß eines durchaus nüchternen Mannes aus mit dem Hinzufügen, daß er denselben nie betrunken gesehen habe. Dagegen bekundete am dreizehnten Verhandlungstage (Dienstag) Zeuge Aktionskiewicz auf eine diesbezügliche Frage, welche Herr Rechtsanwalt Dr. Flatau ihm vorlegen ließ, daß er mit Naporra häufig im Jatzewski'schen Lokale gewesen sei, wo derselbe oft und viel habe „gesehen lassen“. Einmal sei Naporra zu Szulafski gekommen und habe zwei Flaschen Schnaps mitgebracht. Als diese ausge-trunken waren, hätte er (Naporra) noch 50 Pfennige „geschmissen“. Naporra erklärt dem gegen-über, daß er nicht mehr spendirt habe, als die Anderen, er habe sich nur rebanziert. Im ferneren Verlauf des dreizehnten Verhandlungstages traf der Zeuge Schömannst aus Berlin ein. Derselbe bekräftigt die Angaben seines am achten Verhandlungstage vernommenen Konfins und fügt hinzu, daß er seit 1875 bei Jatzewski verkehre und stets gut bedient worden sei, und zwar dies auch dann noch, als er sich geweigert habe, auf ein von dem Kriminalschutzmann begonnenes sozialistisches Gespräch einzugehen.

Ein verschwiegene Verwandtschaftsverhältnis dürfte für einen der Zeugen in dem Posener Sozialistenprozeß, welcher auch in dem vor dem Berliner Schwurgericht verhandelten Meineidsprozeß gegen die Tischlergesellen Feliz Wittkowski und Merkowski als Hauptbelastungszeuge fungirt hat, möglicherweise noch unangenehme Folgen haben. Der Tischlergeselle Joseph Kruschinski ist mit dem Kriminalschutzmann Naporra insoweit verschwägert, als ein Bruder des Letzteren mit der Schwester des Ersteren verheirathet ist. Dem Kruschinski, welcher die Beamteneigenschaft des Naporra gekannt und mit demselben zusammen die Berliner Versammlungen der Polen besucht hat, war es nach seiner Befundung in dem beregten Meineidsprozeß nicht aufgefallen, daß Naporra in diesen Kreisen sich als Genosse gerirte. Dieser auffallende Umstand gab dem damaligen Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Flatau, Veranlassung, dem Zeugen Kruschinski die Frage vorzulegen, in welchen Beziehungen er zu Naporra stünde. Der Zeuge antwortete darauf, daß er den Naporra von seiner Heimath aus kenne, verschwieg dabei aber, was in dem Posener Prozeß zur Sprache gekommen ist, seine Verschwägerung mit Naporra, obgleich aus der Befragung seitens des Verteidigers mit Deutlichkeit hervorging, daß es demselben grade auf die Feststellung eines solchen Verhältnisses angekommen war. Die Angeklagten Wittkowski und Merkowski haben be-

antrag, für sie das Wiederaufnahmeverfahren in Antrag zu bringen und denselben auf die mitgetheilte Thatsache zu stützen.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbot die Regierung zu Gumbinnen die ohne Angabe des Verlegers oder Herausgebers erschienene Druckschrift mit der Ueberschrift: „Ein Mahnwort“ beginnend mit den Worten: „Wenn Unverstand im Schooße der Gesellschaft herrscht“ und mit der Unterschrift: „Hoch die Sozialdemokratie.“

Strasburg, 18. Januar. Die Frau des wegen Landesverrats verhafteten Hülfschreibers Diez ist nebst ihren Kindern gleichfalls verhaftet worden. Der Fabrikant Wagner von Nuzig (Nieder-Elsass) ist, ebenfalls unter dem Verdachte des Landesverrats, nach Strasburg abgeführt worden.

Wien, 18. Januar. Die polnischen Blätter in Lemberg veröffentlichen heute nahezu gleichlautende Artikel, worin die polnische Jugend in Rußland angesichts der Provokationen verdächtiger Emissäre vor einer Bethätigung revolutionärer Umwandlungen und vor jedem unbedachten, die polnische Sache kompromittirenden Schritte eindringlich gewarnt wird.

Prag, 19. Januar. Der böhmische Landtag wurde gestern geschlossen. Der Oberstlandmarschall hob den erspriesslichen Verlauf der Session hervor und sagte, die Abwesenheit der deutschen Abgeordneten werde gewiß von allen Landtagsmitgliedern beklagt. Durch seine Mäßigung bei Erledigung der Geschäfte lieferte der Landtag den Beweis, wie lebhaft er die Beendigung der gegenwärtigen Zustände wünsche. Den Wiedereintritt der deutschen Abgeordneten würden sämtliche Landtagsmitglieder auf das Freundliche begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

In England machen sich schon die Vorboten des Wiederbeginns der parlamentarischen Arbeiten bemerkbar. Das Ministerium ist eifrig mit der Vorbereitung der von ihm angekündigten Gesekvorlagen beschäftigt, wobei von Neuem seine vollständige Abhängigkeit von den liberalen Unionisten zu Tage tritt. Einig mit diesen ist das Ministerium Salisbury nur in Bezug auf die irische Frage; in allen andern Fragen ist die Meinungsverschiedenheit zwischen beiden so groß, daß der Bruch nur durch die stete Nachgiebigkeit des Ministeriums vermieden, richtiger vielleicht gesagt, hinausgeschoben wird. Ein der „S. Z.“ zugegangener Bericht lautet:

London, 18. Januar. Im gestrigen Kabinetts-rathe bildete das neue Gesetz über die Lokalverwaltung, das gleich nach dem Zusammentritt des Parlaments im Unterhause eingebracht werden soll, den Hauptgegenstand der Erörterung. Dem Vernehmen nach wurde beschlossen, die Anschauungen der liberalen Unionisten über die Vorlage in mehreren wichtigen Punkten zu berücksichtigen. Die Zugeständnisse, welche die Regierung zu machen gezwungen ist, dürften alle ernstlichen Meinungsverschiedenheiten beseitigen. — Fids. Beach, Mitglied des Kabinetts ohne Portefeuille, früherer Obersekretär für Irland, hielt gestern in Bristol eine Rede über die irische Frage, worin er eine durchgreifende Reform der Verwaltung Irlands empfahl, sobald das irische Volk die Ueberzeugung gewonnen habe, daß es ein Sonderparlament und eine besondere vollaehende Behörde nicht erlangen könne. Die irischen Abgeordneten sollten in der Regelung rein irischer Angelegenheiten eine ebenso große Stimme haben, als man den Vertretern Schottlands betreffs schottischer Fragen eingeräumt habe. An die Spitze der Verwaltung sollten dem Parlament unmittelbar verantwortliche politische Beamte gestellt und den Lokalverwaltungsbehörden sollten größere Gewalten gewährt werden. Vorerst aber sei die Herstellung der gesetzlichen Ordnung erforderlich.

London. Wie der Londoner Korrespondent der „Irish Times“ erfährt, hat der kalifornische Millionär Buckley Parnell angeboten, ihn als Erben seines großen Vermögens einzusetzen, Parnell habe jedoch das Anerbieten abgelehnt. Darauf habe Buckley Parnell aufgefordert, irgend einen seiner irischen parlamentarischen Kollegen zu nennen, dem das Erbe zugewandt werden sollte. Buckley ist ein Irish-Amerikaner und alter Junggeselle, der sein Vermögen in Silberminen erworben und sich bisher niemals um Politik gekümmert hat.

Der irische Parlamentsabgeordnete Phne, welcher sich, um der drohenden Verhaftung zu entgehen, auf die hochgelegene Ruine Lisfinny geflüchtet hatte, ist von dort entkommen. Die Wachsamkeit der Polizei wurde getäuscht, indem Leute, welche mit Phne im Einverständnis waren, Dieb von dem Landgute Phnes und Anderer forttrieben. Die wachhabenden Polizisten eilten hinzu, und während dessen entfloß Phne. Sein jetziger Aufenthaltsort ist unbekannt.

London, 18. Januar. Das ehemalige Parlamentsmitglied von Gra ham-Cunningham, Sozialist Burns,